



Änderungsantrag

TOP:

Vorlagen-Nummer: **V/2013/11600**Datum: 26.03.2013

Bezug-Nummer.

PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220

Verfasser: Herr Gerry Kley

Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung	28.05.2013	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten	13.06.2013	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	17.04.2013	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	27.03.2013 24.04.2013	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kündigung:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)
- Landesvereinigung f
 ür Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- German Industry & Commerce (Taicang) Co.Shanghai (15.192,00 €)
- UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (5.000,00 €)

Reduzierung Beitragshöhe:

- Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland (erhebliche Beitragsreduzierung auf max. 5.000,00
 € p.a.)
- UfU Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)

gez. Gerry Kley Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Der aktuelle Beitrag (30.000 €) für die Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland korrespondiert nicht mit dem Nutzen dieser Initiative für die Stadt Halle (Saale). Insoweit die Initiative im laufenden Jahr 2013 keinen konkreten Nutzen für die Stadt Halle nachweisen kann, der eine entsprechende Beitragszahlung rechtfertigt, muss für 2014 über eine Beendigung der Mitgliedschaft Halles in der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland nachgedacht werden.

Das Unabhängige Institut für Umweltfragen e. V. ist wirtschaftlich tätig und steht im Wettbewerb mit anderen Marktteilnehmern. Insofern ist eine Zahlung an das UfU mit einer konkreten Gegenleistung für die Stadt Halle (Saale) zu verbinden, um sich nicht durch eine Beitragszahlung ohne Leistungsanspruch dem Verdacht der Wettbewerbsverzerrung auszusetzen.